



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	3
3.	Griechische Zyprioten .....	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitische Entwicklungen .....	5
	Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen .....	5
4.	Türkische Zyprioten .....	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Beziehungen mit der Türkei.....	8
	Innenpolitische Entwicklungen .....	9
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften .....	10
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	10

### **FES NEWS**

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[Twitter.com/FESCyprus](https://twitter.com/FESCyprus) - [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org) - [www.facebook.com/FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an  
[FESPaparoditi@gmail.com](mailto:FESPaparoditi@gmail.com)

## 1. Das Zypernproblem

UN-Generalsekretär Antonio Guterres ernannte am 3. Juli Jane Holl Lute zu seinem Sondergesandten für Zypern. Lute wird als Verbindungsperson zwischen allen Parteien fungieren, die an der gescheiterten Zypernkonferenz in Crans-Montana im Juli 2017 teilnahmen (griechische Zyprioten, türkische Zyprioten, Vereinigtes Königreich, Griechenland und Türkei). Ihr Mandat schließt die Einschätzung der Perspektiven für eine Wiederaufnahme der Wiedervereinigungsgespräche ein. Berichten zufolge gab die Türkei, die als einzige beteiligte Partei die Ernennung Lutes bis zum Abschluss der türkischen Wahlen blockiert hatte, grünes Licht im Anschluss an ein Treffen zwischen einem türkischen Repräsentanten und UN-Vertretern in New York.

Am 23. Juli traf sich Lute zu Einzelgesprächen mit dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenführer Mustafa Akinci und dessen griechisch-zypriotischen Pendant Nicos Anastasiades. Zudem konferierte sie mit Elizabeth Spehar, der UN-Sonderbeauftragten des Generalsekretärs auf Zypern. Bevor Lute Guterres Anfang September ihren Bericht vorlegt, wird sie weitere Gesprächspartner in Brüssel, Athen, Ankara und London konsultieren. Laut Stephane Dujarric, dem Sprecher des UN-Generalsekretärs, wird Guterres anschließend über die nächsten Schritte hinsichtlich des Zypernproblems entscheiden.

Am 26. Juli verlängerte der UN-Sicherheitsrat das Mandat der Friedenstruppe der Vereinten Nationen auf Zypern bis 31. Januar 2019. In der Resolution fordert der Sicherheitsrat die beiden

Volksgruppenführer nachdrücklich auf, eine positive öffentliche Rhetorik zu fördern und klar die Vorteile einer Lösung des Zypernkonflikts zu erläutern. Die Resolution betont zudem die Notwendigkeit „... erhöhter Flexibilität und Kompromissbereitschaft“ und appelliert an alle betroffenen Parteien, den notwendigen politischen Willen zu zeigen und sich konstruktiv an den Bemühungen der Vereinten Nationen zu beteiligen, die Wiedervereinigungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Die Parteien werden außerdem aufgefordert, jede Handlung zu vermeiden, die die Erfolgchancen beeinträchtigen, und „...jede Rhetorik, die einen Erfolg des Prozesses erschweren könnte“ zu unterlassen.

Am 24. Juli trafen sich der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu mit dem türkischen Volksgruppenführer Mustafa Akinci im Norden<sup>1</sup>. In einem Interview mit der regierungsnahen Tageszeitung Aksam warnte Cavusoglu, sollten die griechischen Zyprioten im Herbst mit Bohrungen beginnen, würde die Türkei dies ebenfalls tun.

Am 20. Juli jährte sich der Einmarsch der Türkei auf Zypern zum 44. Mal. Nachdem die Regie-

---

<sup>1</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

rung der Republik durch einen von der griechischen Militärjunta eingefädelten Staatsstreich gestürzt worden war, hatten türkische Streitkräfte ein Drittel des Staatsgebietes im Norden der Republik Zypern besetzt. Im Süden fanden Gedenkfeierlichkeiten und andere Veranstaltungen statt. Im Norden erinnerten Veranstaltungen an den 44. Jahrestag der „Zyprischen Friedensoperation“, wie die Türkei die militärische Intervention nennt. Auch der türkische Vize-Präsident Fuat Oktay nahm an den Feierlichkeiten teil.

Journalisten beidseits der Greenline haben ein Glossar erstellt, das einige Dutzend für beide Seiten akzeptable Begriffe enthält, die Spannungen bei der Berichterstattung über das Zypernproblem vermeiden helfen sollen. Das Wörterbuch mit dem Titel „Wörter, die Bedeutung haben: Ein Glossar für den Journalismus auf Zypern“ war ein Gemeinschaftsprojekt zweier griechisch-zypriotischer und zweier türkisch-zypriotischer Journalisten - Maria Siakalli, Christos Christofides, Esra Aygin und Bekir Azgin. Das Wörterverzeichnis, das unter dem Schirm der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) entstand, hatte in einem Teil der griechisch-zypriotischen Medien für Aufruhr gesorgt, noch ehe es überhaupt publiziert worden war. Einige Journalisten, die zur Buchvorstellung erschienen waren, wohnten der Pressekonferenz bewusst nicht bei, um ihren Protest gegen das Glossar auszudrücken, das ihrer Ansicht nach die Meinungsfreiheit gefährde.

Die stärkste türkisch-zypriotische Koalitionspartei, die Republikanisch Türkische Partei

(CTP), startete eine Solidaritätskampagne für die Opfer der Waldbrände in Griechenland. Ein Sprecher der CTP sagte „...wir wollen Seite an Seite mit zivilrechtlichen Organisationen und Gemeindeverwaltungen im Süden zusammenarbeiten, um denen Hilfe zukommen zu lassen, die von dieser Tragödie betroffen sind.“

## 2. Gasvorkommen

Laut Reuters bemüht sich das griechische Unternehmen ENERGEAN Oil & Gas um die Genehmigung eines Vorschlags, den sie im Juli der griechisch-zypriotischen Regierung unterbreitet hatte. Geplant ist der Bau einer Unterwasserpipeline, in der aus Israels Offshore-Feldern zwischen 0,5 und 1 Milliarde Kubikmeter Erdgas pro Jahr auf die Insel importiert werden sollen. Diese Vereinbarung würde Zypern helfen, die Energie-Union Ziele der EU bis 2020 zu erfüllen – nämlich den Übergang zu einer saubereren Energiewirtschaft durch Flüssiggas und erneuerbare Energien – und somit hohe Geldbußen der Europäischen Kommission zu vermeiden. Das Gas würde in einer 200km langen von ENERGEAN gebauten Pipeline von den israelischen Feldern Tanin und Karish nach Zypern transportiert werden. Experten schätzen das Angebot von ENERGEAN als erwägenswert ein. Nach Berücksichtigung aller Kosten könne Erdgas für weniger als 6,50 US-Dollar pro Million britischer Wärmeeinheit BTU (British thermal unit) geliefert werden. Dies sei wesentlich günstiger als die vorgeschlagene Einfuhr von Flüssigerdgas (LNG), für das die Kosten bei 8-10

US-Dollar pro Million britischer Wärmeeinheit BTU (British thermal unit) lägen.

Laut Energie-Minister Yiorgos Lakkotrypis ergreift Zypern derzeit alle notwendigen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Erkundungsbohrungen des US Energieriesen EXXON MOBIL in der Exklusiven Wirtschaftszone Zypern (EEZ) reibungslos verlaufen. Das US-amerikanisch-katarische Konsortium ExxonMobil-Qatar Petroleum hatte die Explorationslizenz für Block 10 erworben. Es wird im 4. Quartal 2018 zwei Explorationsbohrungen vornehmen.

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 8. Juli erließ das Parlament ein Gesetz zur Aktualisierung der rechtlichen Vorgaben zu Zwangsvollstreckung und Insolvenz. Banken wird es hiermit erleichtert, säumige Schuldner zu belangen und so die notleidenden Kredite (NPLs) in Höhe von 20 Milliarden Euro zu reduzieren. Die Genehmigung der Rechtsvorschriften durch das Parlament war eine Bedingung der Regulierungsbehörde der Europäischen Wettbewerbskommission gewesen - die Voraussetzung für die Zustimmung zur Übernahme der Cyprus Cooperative Bank durch die Hellenic Bank im Juni 2018. In der Folge bestätigte die Kommission für den Schutz des Wettbewerbs den Hellenic-Deal und beseitigte somit ein weiteres Hindernis bei der Übernahme der Geschäftsbereiche der Cyprus Cooperative Bank.

Laut Bloomberg ziehen drei US-amerikanische Vermögensverwaltungsgesellschaften in Erwägung, im Rahmen des Hellix-Projekts notleidende Kredite bis zu einer Höhe von 5 Milliarden Euro von der Bank of Cyprus zu übernehmen. Bei den drei Unternehmen handelt es sich um das US-amerikanische Private-Equity-Unternehmen Apollo Global Management und die Investmentgesellschaften Pacific Investment Management Co. (Pimco) und Lone Star Funds. Die Bank of Cyprus konnte die notleidenden Kredite von Dezember 2017 von 8,8 Milliarden Euro auf 8,3 Milliarden Euro reduzieren und strebt eine weitere Reduzierung um 2 Milliarden Euro bis Jahresende an. Obwohl die notleidenden Kredite im März unter 20 Milliarden Euro gesunken sind, stellen sie noch immer ein erhebliches Risiko für das Bankensystem dar. Wie oben bereits erwähnt, führte der Druck von Europäischer Kommission und Aufsichtsbehörden am 8. Juli zu einer Korrektur der Rahmenbedingungen hinsichtlich Zwangsvollstreckung und Insolvenz durch das Parlament.

Laut dem Amt für Statistik erhöhte sich die Zahl der Touristen im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 8.2% auf 511.073. Die Anzahl der Gäste aus dem Vereinigten Königreich, die traditionell den Hauptanteil des Touristenstroms bilden, stieg im Juni um 9,9% auf 165.477. Die Zahl der Urlauber aus Russland, das sich in den vergangenen Jahren als zweitwichtigster Markt etabliert hatte, sank um 5,1% auf 123.327. Es kamen auch 15% weniger deutsche Touristen (23.814), die Zahl der Gäste aus Israel ging ebenfalls um 11% auf 16.289 zurück.

Die Ratingagentur Moody's stufte das langfristige Emittentenrating Zyperns von ‚Ba3‘ (positiv) nach oben auf ‚Ba2‘ (stabil). Die Höherstufung basiere auf einer Reihe von Faktoren wie der fortschreitenden Erholung des Bankensystems. In dessen Kontext habe die Liquidation der CCB (Cyprus Cooperative Bank) durch den Verkauf der gesunden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten das systemische Risiko, das vom Bankensektor ausgehe, wesentlich verringert. Des Weiteren sei ein grundsätzlich positiver Trend bezüglich der Bilanzen der öffentlichen Hand zu verzeichnen, der auf solides nominales Wachstum und einen Primärüberschuss zurückzuführen sei. Der stabile Ausblick nach dem ‚Ba2‘-Rating Zyperns basiert auf der Annahme, dass die starke Steuerdynamik Zyperns den Druck höherer öffentlicher Ausgaben ausgleiche. Es bleibe aber die Unsicherheit, inwieweit neue rechtliche Instrumente einen Rückgang in der Quote der notleidenden Kredite (NPLs) im Bankensystem ermöglichen.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Am 23. Juli eröffnete Japan eine Botschaft auf Zypern, ein Schritt von historischer Bedeutung in den Beziehungen der beiden Länder. Gegen Jahresende soll in Tokio eine zypriotische Botschaft eröffnet werden. Der japanische Außenminister Kazuyuki Nakane weihte die Botschaft feierlich ein.

### **Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen**

Im staatlichen Schulsektor kam es zu einem offenen Konflikt, nachdem das Erziehungsminis-

terium, ohne vorherige Rücksprache mit den Lehrgewerkschaften, eine Reihe weiterer Reformmaßnahmen in Kraft setzte, in der unter anderem die Unterrichtszeit erhöht wurde. Die Bildungsgewerkschaften POED, OELMEK und OLTEK drohten daraufhin mit Streiks und forderten auf einer grossen Protestdemonstration den Rücktritt des Ministers. Der Staatspräsident stellte sich hinter seinen Erziehungsminister. Auch der Generalrechnungsprüfer gab eine Reihe von Erklärungen hinsichtlich notwendiger Einsparungen im Bildungsbereich ab. Die Regierung sicherte sich zudem die Unterstützung der Elternvereinigung und lud deren Vertreter zu einem sozialen Dialog ein, was zu weiteren Reaktionen der Gewerkschaften führte. Als Reaktion versetzte die Regierung die Führungsriege der Gewerkschaft POED an Schulen, die weit außerhalb Nikosias lagen. Zudem verkürzte sie angerechnete Arbeitszeit für gewerkschaftliche Aktivitäten. Dies wurde von den Gewerkschaften als gewerkschaftsfeindliche Maßnahme gewertet. Andere Gewerkschaften, einschließlich der türkisch-zypriotischen Bildungsgewerkschaften, unterstützten die Lehrer gemeinsam mit der Gewerkschaft PEO. Es wurden zwei Unterstützungsbekundungen veröffentlicht, die sich sowohl auf den Schutz der „öffentlichen Schulen“ als auch die „Gewerkschaftsrechte“ in einer Regierung bezogen, die „eigenmächtig und im Alleingang“ handle. Der Konflikt dauert an.

Nach langwierigen Verhandlungen und Streikdrohungen verständigte man sich auf freiwillige Kündigungen für die Mitarbeiter der Genossenschaftsbank Zypern (Cooperative Cyprus Bank). Betroffen sind 900 Angestellte. Das Konzept

beinhaltet großzügige Abfindungen, die proportional zu den Jahren der Betriebszugehörigkeit berechnet werden. Der Vereinbarung wurde auf den Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften PEO, SEK und PASIDY, die dieses verhandelt hatten, zugestimmt. ETYK, der Gewerkschaftsverband des Bankensektors, behielt während des gesamten Prozesses seine kritische Haltung bei und geriet massiv mit den anderen drei Gewerkschaften aneinander.

In der Kommunalverwaltung von Strovolos kam es zum Streit, als die Gemeinde versuchte, die Privatisierungspläne hinsichtlich der Müllabfuhr durchzuboxen und den Service an einen externen Dienstleister zu vergeben. Die Gewerkschaften PEO, SEK und DEOK lehnen dies seit Monaten ab und hatten bereits im Mai zu einem eintägigen Streik aufgerufen. Die Kommunalverwaltung hatte alle Vorschläge der Gewerkschaften abgelehnt und eine Ausschreibung für private Dienstleister vorgenommen. Die Gewerkschaften riefen daraufhin zu einem 48-stündigen Streik auf, der mittlerweile auf unbestimmte Zeit verlängert wurde. Die Arbeiter schützten ihre Streikpostenkettens und hielten Streikbrecher davon ab, Müll abzuholen. Ziel der Gewerkschaften ist es, die Gemeindeverwaltung Strovolos zu zwingen, nachzugeben, die Ausschreibung auf Ende Oktober zu verschieben und wieder in einen Dialog mit den Gewerkschaften einzutreten.

Der Arbeitgeberverband OEB vertrat erneut nach den Auseinandersetzungen im Erziehungswesen und dem Streit mit der Cooperative Cyprus Bank seine Ansicht, dass das Streikrecht stärker eingeschränkt werden müsse. Das

provozierte die zu erwartenden Reaktionen von den Gewerkschaften. Eine weitere Stellungnahme richtete sich gegen den Streik der Müllmänner in der Kommunalverwaltung Strovolos. In einer dritten Verlautbarung äußerte der Arbeitgeberverband seinen Unmut über die Verspätung im Privatisierungsprozess des Elektrizitätssektors. Im Anschluss an die Vereinbarung zu den Aufhebungsverträgen mit der Cooperative Cyprus Bank verurteilte der OEB den Deal als provokativ und sprach davon, dass man ein falsches Signal gesendet habe.

SEK und PEO drückten ihre Genugtuung über die Zustimmung des Parlaments zur Vereinbarung mit der Regierung bezüglich einer schrittweisen Rücknahme der Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor aus. SEK forderte darüber hinaus das Abgeordnetenhaus auf, was die Stärkung des Rechtsstatus der grundlegenden Beschäftigungsbedingungen im Hotel- und Bau-sektor betrifft, die Haltung der Gewerkschaften zu unterstützen.

Nach einem weiteren Arbeitsunfall mit Todesfolge und einem mit schweren Verletzungen sprach die Gewerkschaft PEO erneut die Themen Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz an. Außerdem forderte sie Informationen über den Stand der Ermittlungen.

Gewerkschaftsführer der SEK trafen sich mit Vertretern von EU und Europäischem Gewerkschaftsbund in Bulgarien zu einem Austausch über Fragen zu Tarifverhandlungen.

Die Gewerkschaft SEK monierte die Verzögerungen bei der Reform der Kommunalverwal-

tungen und warf dem Parlament und den Gemeindebehörden vor, dass es aufgrund fehlenden politischen Willens zu einer unkontrollierten Veräußerung des Dienstleistungsmarktes käme. Örtliche Behörden würden Mitarbeiter ohne geregelte Arbeitsbedingungen anstellen und einen modernen „Skavenmarkt“ kreieren, obwohl gerade Gebietskörperschaften (wie Gemeinden) vorbildliche Arbeitgeber sein und sich an bestehende Tarifverträge halten sollten.

In einer Erklärung unterbreitete die Gewerkschaft SEK Vorschläge zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. Die Gewerkschaft schlägt die Bildung eines dreigliedrigen Ausschusses zur Beobachtung des Arbeitsmarktes vor. Dieser soll jene Branchen, in denen Arbeitskräftemangel herrscht, identifizieren. Zudem müssten die Arbeitslosen gezielt für diese Bereiche ausgebildet werden. Bestehende Tarifabkommen in diesen Bereichen sollten gestärkt werden. In diesem Kontext reichte SEK eine weitere Beschwerde über die Verzögerung bei der Etablierung des ‚Vereinten Inspektionsdienstes‘ ein. Dieser müsse umgehend eingeführt werden. Zudem sollten höhere Geldbußen und Strafen verhängt werden – einschließlich der namentlichen Anprangerung der Arbeitgeber, die gegen das Arbeitsrecht verstießen. Langfristig, so SEK bedürfe es eines Planungstools, mit dem das Schulsystem besser auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes abgestimmt werden kann.

Die linke griechisch-zypriotische Gewerkschaft PEO und die linken türkisch-zypriotischen Gewerkschaften DEV-IS, KTAMS, KTOS, KTOEOS, BES, DAU-SEN und KOOP-SEN organisieren

gemeinsam am 1. September 2018 eine bi-kommunale Veranstaltung in der Pufferzone. Dabei appellieren die Gewerkschaften in ihrer gemeinsamen Erklärung an die arbeitende Bevölkerung und die Gesellschaft im Allgemeinen, sich in unterstützend den Prozess der Wiedervereinigungsverhandlungen einzumischen. Hierzu beabsichtigten sie, gemeinsam im Oktober eine bi-kommunale Massenkundgebung zu veranstalten. Auch drückten sie ihre Solidarität mit den Opfern der Waldbrände in Griechenland aus und bekräftigten ihren Willen, die Betroffenen finanziell zu unterstützen.

## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Premierminister Tufan Erhurman wies darauf hin, dass lediglich 20% der Menschen, die in der Tourismusbranche im Norden beschäftigt sind, die türkische-zypriotische Staatsbürgerschaft hätten. Im Fremdenverkehr arbeiteten hauptsächlich türkische Staatsbürger (55%) und Migranten aus anderen Ländern (25%). Erhurman äußerte sich im Rahmen des in Kyrenia abgehaltenen Workshops „Nord Zypern - Tourismus-Strategie 2024“. Erhurman betonte, dass der Tourismus eines der „zwei verfügbaren Instrumente“ sei, mit denen das Leistungsbilanzdefizit verringert werden könne. Der andere Bereich sei der Hochschulsektor. Er berichtete, dass der letztjährige Nettoerlös aus dem Fremdenverkehr 865 Millionen US-Dollar betragen habe, eine Zahl, die unter dem Potenzial des Tourismussektors im Norden liege. Das

Versagen bei der Diversifizierung des Tourismussektors, der Förderung eines ganzjährigen Tourismus und der Nutzung von lokalen Produkten seien, so der Premierminister, alles zusammen Faktoren, die das Wachstum bremsen. Erhuman unterstrich den hohen Anteil an Gastarbeitern im Fremdenverkehr und die Jugendarbeitslosigkeitsrate (19%) und betonte: „Das ist, was mich als Premierminister hauptsächlich interessiert“.

Laut Information der türkisch-zypriotischen Zentralbank tauschen aufgrund der hohen Inflationsrate der türkischen Lira (TL) Sparer weiterhin ihre TL-Bankenfestgelder in Fremdwährungen um. Der Anteil am Gesamteinlagenvolumen in türkischen Lira fiel auf 41%.

Ein unerwarteter Inflationsanstieg habe zu einem Haushaltsloch von 120 Millionen TL (20 Millionen Euro) geführt, berichtete Erhuman in einer Pressekonferenz im Beisein des gesamten Kabinetts. Die Regierung hatte die öffentlichen Ausgaben für das Jahr 2018 bei einer jährlichen Inflationsrate von 5,2% kalkuliert, die neuesten Zahlen zeigten jedoch, dass die Inflationsrate bereits 12,1% erreicht habe, hauptsächlich aufgrund der rapiden Abwertung der türkischen Lira (TL). Der steigende Wechselkurs, so Erhuman, habe der Wirtschaft einen empfindlichen Schlag von 250 Millionen TL versetzt. Die indirekten Auswirkungen seien hierbei noch gar nicht berücksichtigt. Erhuman widersprach außerdem jeglicher Spekulation, dass die 4-Parteien-Koalition kurz vor dem Zusammenbruch stehe.

### Beziehungen mit deTürkei

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan stattete Aserbeidschan und der TRNZ seinen ersten offiziellen Besuch ab. Während seines Besuchs in Nordzypern wiederholte Erdogan unter anderem, dass es die Politik seiner Regierung sei, „...das Pro-Kopf-Einkommen zu verdoppeln, indem er die Türkische Republik Nordzypern zu einem attraktiven Standort im östlichen Mittelmeer machen werde“. Im neuen Präsidialsystem gäbe es kein Ministerium für „Zypriotische Angelegenheiten“ mehr. Alles, was die TRNZ und das Zypernproblem beträfe, würde jetzt in einem neuen Referat bearbeitet werden. Die Verantwortlichkeit läge beim Generaldirektorat für politische Angelegenheiten, das Erdogan direkt unterstellt sei.

Der türkischen Außenminister Mevlut Cavuşoglu stattete nach seiner erneuten Ernennung Nordzypern einen ersten Besuch ab. Er traf sich mit Akinci und den Vorsitzenden der im Parlament vertretenen politischen Parteien, um mögliche Schritte, die im Zypernproblem unternommen werden könnten, zu evaluieren. Der Besuch fiel mit Lutes Besuch auf der Insel zusammen.

Im Rahmen des dekretierten Ausnahmezustands in der Türkei ist der Leiter der Zivilschutzorganisation (CDO) sowohl von seinem Amt suspendiert als auch vom türkischen Militär ausgeschlossen worden. Er war aufgrund seiner Verbindungen zu der von der Türkei als terroristisch eingestuften Organisation Fethullah (Feto) entlassen worden. Er ist mittlerweile der dritte Chef, der aufgrund seiner



Beziehungen zur Feto des Amtes enthoben wurde.

### Innenpolitische Entwicklungen

Laut des Vizepräsidenten der türkisch-zypriotischen Ärztekammer ist das Landwirtschaftsministerium nicht in der Lage, den unkontrollierten Gebrauch von Pestiziden in den Griff zu kriegen. Den Zustand der Prüfungseinrichtungen für kontaminierte Lebensmittel im Land bezeichnete er als beschämend. Der Wochenzeitung Cyprus Today zufolge, hob er das „Fehlen von Statistiken und Daten“ bezüglich Kontamination und Krankheiten sowie Todesfällen, die auf den Verzehr von Lebensmitteln zurückzuführen seien, hervor und fragte: „Werden wir jemals eine mit EU-Vorschriften kompatible Lebensmittelsicherheit haben – und wie lange wollen und werden wir unsere Augen vor der Tatsache verschließen, dass unsere Kinder und Senioren aufgrund gefährlicher Nahrungsmittelproduktion krank werden?“

Der stellvertretende Abgeordnete der Oppositionspartei „Partei der Nationalen Einheit“ (UBP) und frühere Finanzminister, Ersin Tatar, kündigte an, dass er sich zur Wahl zum Parteivorsitzenden zur Verfügung stellen werde. Tatar ist das dritte Parlamentsmitglied der UBP, dass sich der Herausforderung, gegen Amtsinhaber Huseyin Ozgurgun zu kandidieren, stellt. Letzterer bemüht sich um eine Wiederwahl in der Parteiversammlung der UBP im Herbst. Andere Anwärter sind Faiz Sucuoglu und Hasan Tacoy, beide Abgeordnete in Nikosia und ehemalige

Minister. Der frühere Wirtschaftsminister Sunat Atun gilt ebenfalls als Kandidat.

Laut einer Umfrage, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung Zypern unterstützt wurde, gaben 89% der Geschäftsleute, die im Rahmen der Studie an der Untersuchung teilgenommen hatten, an, dass es in Nordzypern Korruption und Bestechung gäbe. Um den Grad an Korruption in Nordzypern zu messen, wurde die Methodik von Transparency International eingesetzt. Die Berechnung des Grades der wahrgenommenen Korruption lag bei 40, womit sich die TRNZ gemeinsam mit der Türkei Platz 81 teilt. Die Republik Zypern schnitt mit 57 erheblich besser ab und liegt auf dem 42. Platz.

Einem Bericht des US-Außenministeriums zufolge rangiert Nordzypern bei den Bemühungen, Menschenhandel zu beseitigen, in der untersten Kategorie, während die Republik Zypern in die höchste Kategorie aufgewertet wurde. Der jährliche Menschenhandel-Report kritisierte, wie auch schon im vergangenen Jahr, Nordzypern wie folgt: „Das Gebiet unter türkisch-zypriotischer Verwaltung bleibt eine Zone der Straffreiheit bei Menschenhandel. Die türkisch-zypriotischen Behörden erfüllen nicht einmal die Mindestanforderungen, was die Bekämpfung des Menschenhandels betrifft, und machen keine erheblichen Anstrengungen, diese zu erfüllen“.

Am 18. Juli kenterte ein Boot mit Migranten vor der Küste bei Yeni Erenköy (Yialousa). Mindestens 19 Flüchtlinge starben. Insgesamt konnten 104 Opfer in einer 5-stündigen Rettungsaktion an der circa 17 Seemeilen (30 Kilometer) von

der Küste entfernten Unglückstelle geborgen werden. Das eigentliche Ziel der Flüchtlinge ist nicht bekannt. Die Route von der Türkei nach Nordzypern wird jedoch gern von Menschenhändlern genutzt, die Flüchtlinge in den südlichen Teil der Insel bringen.

### **Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften**

Die Gewerkschaftliche Handelsplattform inszenierte eine Kundgebung vor dem Amtssitz des Premierministers, um die Regierung aufzufordern, Maßnahmen zur Unterstützung der Menschen zu ergreifen, die von der Abwertung der türkischen Lira besonders betroffen sind. In einer Erklärung rief sie die Regierung auf, die Bruttolöhne in einer „stabilen Währung“ zu indexieren und die Lebenshaltungskosten anstatt halbjährlich im ‚Zwei-Monats-Rhythmus‘ zu reflektieren sowie die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel abzuschaffen. Inzwischen äußerte sich auch die Handelskammer und mahnte Strukturreformen an die das Steuerwesen, die Landwirtschaft und den öffentlichen Dienst einbezogen, um die TRNZ für ausländische Investoren attraktiver zu machen. Zudem appellierte sie an die Regierung, die Stromrechnungen zu senken.

Die Arbeiter eines der beiden Bodenabfertigungsdienstleistungsunternehmen am Flughafen Ercan (Tymbou), CAS, setzten ihre Demonstrationen fort. Es gibt noch immer ausstehende Gehälter, zudem befürchten sie, dass sie nicht mehr gebraucht werden. Nachdem Polizeieinheiten sie aus dem Flughafengelände verbannt hatten, demonstrierten die Arbeiter an der Hauptstraße Nikosia-Famagusta, in der

Hoffnung, dass der türkische Außenminister Minister Mevlut Cavusoglu auf sie aufmerksam werden könne. Arbeiterführer schworen, sie würden für ihre Entlohnung und für ihren Status weiterprotestieren, wenn ihre Probleme weiterhin unbeachtet blieben. Die Arbeiter, die seit 57 Tagen auf ihren Lohn warteten, sind sich unsicher, ob ihr Arbeitgeber der Staat oder ein Privatunternehmen ist.

## **5. FES Zypern Veranstaltungen**

### **August**

**Freitag, 10. August – Donnerstag, 16. August 2018**

WINPEACE / FES  
Workshop

**SUMMER YOUTH PEACE CAMP:  
PEACE CULTURE AND GENDER EQUALITY**

Kyrenia, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



**Impressum:**

**Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)

Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)

Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](http://www.facebook.com/FEScyprus)

**Text:**

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou und  
Sophia Papastavrou

**Übersetzung:**

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

**Layout:**

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)